

Ausbildungsreport 2017

Themenschwerpunkt: Qualität der Berufsschule

Elke Hannack

Stellvertretende DGB-Vorsitzende

Pressekonferenz

31. August 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal wünschen wir allen Auszubildenden, die in diesen Tagen ihre Ausbildung beginnen, einen guten Start und einen erfolgreichen Einstieg! Nicht nur sie – nicht nur diese Auszubildenden sollten es wissen: Ein wichtiges Barometer für eine gute Ausbildung ist die Qualität der Ausbildung in den Unternehmen. Und wie es um die Ausbildungsqualität in den Unternehmen steht, das beleuchtet der neue Ausbildungsreport der DGB-Jugend nun zum zwölften Mal in Folge.

Der Report zeigt, wo Ausbildung besser gemacht werden muss. Unsere Bundesjugendsekretärin wird ihnen die Ergebnisse der Befragung gleich vorstellen.

Zunächst aber zur Lage am Ausbildungsmarkt.

Die Situation dort ist bei weitem nicht so entspannt, wie manch ein Arbeitgeber es in diesen Tagen verkündet. Von den 803.613 ausbildungsinteressierten Jugendlichen (BiBB) haben 2016 gerade einmal 64,7 Prozent einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Immer weniger Auszubildende finden einen Ausbildungsplatz. Über 280.000 der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Bewerberinnen und Bewerber für einen Ausbildungsplatz gingen 2016 leer aus. Die Zahl der Ausbildungsverträge rangiert auf einem Rekordtiefstand: 2016 wurden nur 520.332 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen – noch weniger als im bisherigen Rekordtiefjahr 2015.

Meine Damen und Herren,

diese Zahlen passen nicht zusammen mit der Geschichte, die die Arbeitgeber erzählen – nämlich, dass Bewerberinnen und Bewerber vermeintlich nicht ausbildungsreif seien. Anders als von den Arbeitgebern behauptet, verfügen die 280.000 Ausbildungsinteressierten, die im letzten Jahr bei der Ausbildungsplatzsuche leer ausgegangen sind, über einen Bewerber-Status bei der Bundesagentur für Arbeit. Das heißt, sie sind ausbildungsreif. Diese Ausbildungsreife wurde nach einem gemeinsamen Kriterienkatalog von BA und Arbeitgebern durch die BA festgestellt. Diese Jugendlichen bringen also durchaus die notwendigen Kompetenzen für eine Ausbildung mit.

Und trotzdem haben wir die groteske Situation, dass in vielen Branchen Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben: In 2016 waren es über 43.000, der höchste Stand seit 1996.

Denn viele Unternehmen betreiben eine Bestenauslese. Jugendliche mit Hauptschulabschluss erhalten oft keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. In den Lehrstellenanzeigen der IHK sind viele Angebote von vornherein nicht für Hauptschülerinnen und -schüler ausgeschrieben (IHK-Lehrstellenbörse, Stand 20. Februar 2017). Nur rund 45 Prozent Hauptschülerinnen und -schüler schaffen nahtlos den Sprung in eine Ausbildung. Über 1,95 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 Jahren haben keinen Berufsabschluss.

Deshalb appellieren wir an die Arbeitgeber: Nehmen Sie Ihre Verantwortung für die Ausbildung Ernst! Denn sie als Arbeitgeber sind es, die die Fachkräfte für morgen ausbilden müssen!

Und an die Adresse der Politik, insbesondere an das Bildungsministerium, geht die Aufforderung, endlich die Rahmenbedingungen neu auszutarieren. Bestehende Probleme dürfen nicht länger ignoriert werden. Das duale Ausbildungssystem zukunftsfähig zu gestalten – das wird Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein. Das heißt auch für die Lösung des sogenannten Passungsproblems auf dem Ausbildungsmarkt konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Wir fordern deshalb:

- dass die Assistierte Ausbildung über 2018 hinaus beibehalten und ausgebaut wird.
- eine Ausbildungsgarantie für alle an einer Ausbildung interessierten jungen Menschen.
- dass die Kultusministerien mehr in die Berufsschulen investieren. Über die Qualität der Ausbildung entscheidet auch die Qualität der Berufsschule. Wir brauchen einen Berufsschulpakt, mit dem sich Bund und Länder verpflichten, die Berufsschulen technisch zu modernisieren und für die notwendigen Lehrkräfte zu sorgen. Bund und Länder müssen dafür deutlich mehr Geld in die Hand nehmen und auch die Personalentwicklung gezielt fördern. Die KfW sieht allein bei den Schulgebäuden bei allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zusammen einen Sanierungsstau von 34 Milliarden Euro.